Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 9

Artikel: Die politische Lage in Frankreich
Autor: Val, Camille
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139262

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die politische Lage in Frankreich

Die politische Lage in Frankreich ist heute durch ein langsames Gleiten nach rechts gekennzeichnet, das begonnen hat, seit die Befreiung unseren Boden von der Naziherrschaft säuberte.

1944 war die weitgehend durch den Pétainismus und die Zusammenarbeit mit der Besetzungsmacht kompromittierte Bourgeoisie als aktive politische Kraft ausgeschieden. Wie 1936 für einen Augenblick erschreckt, schien sie passiv geworden und resigniert die Ablösung in der politischen und wirtschaftlichen Leitung durch die Kräfte des Volkes, die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen waren, geschehen zu lassen. Aber wie 1936 sollte dieser wirklich revolutionäre Abschnitt nur kurze Zeit dauern, eine Zeitspanne, die nicht ausgenützt wurde, und die auch nur durch einen kühnen Sprung hätte ausgenützt werden können. Tatsächlich war die wirtschaftliche und vor allem auch die Ernährungslage Frankreichs so, daß das Land ohne amerikanische Hilfe eine schreckliche Hungersnot hätte durchmachen müssen. Durch den Krieg ruiniert, waren wir schon nicht mehr frei in unseren Entschlüssen, und wir mußten mit einer möglichen Intervention von außen rechnen.

Die Anwesenheit de Gaulles in der Leitung der provisorischen Regierung bedeutete übrigens für die kapitalistische Bourgeoisie die beste Garantie. Nachdem er in einem Anfall von nationalem Gewissen die Widerstandsbewegung inkarniert hatte, war es durchaus normal, daß ihn nach Kriegsende die feurigsten Anhänger Pétains als Chef wählten. Für sie war der Klassenreflex derselbe.

Nachdem die erste Gefahr vorüber war und die Angst geschwunden, war die Bahn frei für eine Wiederbelebung der bürgerlichen Kräfte, die, durch den Krieg ziemlich stark mitgenommen, nichtsdestoweniger eine solide Macht innehatten.

Die Geburt der Sammelbewegung (RPF = Rassemblement populaire français) unter dem Schutze General de Gaulles polarisierte diese Kraft rasch in ihrer schlimmsten Form, dem Neo-Faschismus. De Gaulle beabsichtigte tatsächlich eine überparteiliche Sammlung, d. h. eine Sammlung gegen die Parteien, und im Falle des Erfolges war die Versuchung groß, zu einer Einheitspartei zu werden. Jede faschistische Bewegung braucht einen von der Vorsehung bestimmten, vergötterten Mann. Dazu war de Gaulle wie gemacht.

Von Anfang an unterlag das Resultat keinem Zweifel. Die ganze traditionelle Rechte sollte sich in ihm finden. Tatsächlich haben sie ihm letztes Jahr, indem sie ihre Stimmen auf seine Listen vereinigten, einen wirklichen Erfolg verschafft, besonders in den reaktionären Departementen des Ostens und des Westens sowie in gewissen Großstädten, wie Paris, Marseille, Lille, Bordeaux usw.

Heute, nach den kürzlich durchgeführten kantonalen Wahlen, läßt sich das französische politische Schachbrett folgendermaßen resümieren:

1. Die Kommunistische Partei, die 25 Prozent der Wähler umfaßt, die aber wegen ihrer Taktik in der Innenpolitik wie auch auf internationalem Gebiet politisch vollständig isoliert ist.

2. Die reaktionäre und faschistenfreundliche Sammelbewegung RPF, die in der Lage ist, auf ihre Listen eine gleiche Anzahl Stimmen zu vereinigen. Die neuesten Wahlen weisen eher auf eine Stabilisierung ihres Einflusses hin.

3. Zwischen diesen beiden Polen liegt das, was man die «Dritte Kraft» genannt hat, welche die disparate Regierungsmehrheit bildet, deren ziemlich verschiedenartige Richtungen sich folgendermaßen verteilen:

a) Die Sozialistische Partei, die seit vier Jahren die Hälfte ihrer Wähler verloren hat, aber nichtsdestoweniger ein Hauptelement dieser Mehrheit bleibt.

b) Die christlich-demokratischen Volksrepublikaner (MRP = Mouvement républicain populaire), die heute durch die Sammelbewegung von ihrer reaktionären Rechten befreit sind. Ihr soziales Programm ist ziemlich fortschrittlich, aber leidenschaftlich antimarxistisch, sind sie den alten bürgerlichen Anliegen noch zu weitgehend zugänglich.

c) Die traditionell liberale und kleinbürgerliche Radikale Partei, die nach einem beinahe vollständigen Niedergang nach und nach ihre Vorkriegsposition wieder einnimmt. Sie bildet gegenwärtig den Grundstock der Regierung.

d) Die Gemäßigten und die Unabhängigen, die aus den letzten Wahlen gestärkt hervorgegangen sind und die rechts von der Radikalen Partei stehen. Ihr repräsentativstes Element ist Paul Reynaud, dessen konservativer Geist und liberale und kapitalistische Überzeugungen genügend bekannt sind.

Bei einer solchen durch die gemeinsame Regierungsverantwortlichkeit zusammengehaltenen Koalition ist es nicht verwunderlich, daß die Sozial- und Wirtschaftspolitik eine Richtung einschlägt, die ganz anders ist als diejenige der unmittelbar auf die Befreiung folgenden Zeit. Die heutigen Merkmale sind Angriffe gegen die Nationalisierungen und die soziale Sicherheit im Innern und Anlehnung an den Atlantikpakt im Äußeren.

*

In *dieser* Perspektive scheint es uns interessant, die Lage der Sozialistischen Partei zu studieren.

Man kann behaupten, daß die Sozialistische Partei durch ihre Taktik, ihre Allianzen, ihre Teilnahme an der Regierung in Frankreich aufgehört hat, als revolutionäre Kraft dazustehen. Tatsächlich hat dieser Zusammenbruch des Sozialismus im französischen politischen Leben ein Loch gemacht, einen Mangel, eine Leere, die ausgefüllt werden müssen. Aber versuchen wir den Weg gründlicher zu analysieren, auf dem es zu diesem Stadium gekommen ist.

Zuerst müssen wir feststellen, daß die Sozialistische Partei schon seit einer geraumen Zeit verbürgerlicht ist, da sie in den Mittelschichten mehr Mitglieder gewann als in der Arbeiterschaft, ausgenommen in den Departementen des Nordens. Anderseits zählt sie in ihrem Schoße viele alte Kämpfer, welche die Tendenz haben, heute auf Probleme, die ihnen unter neuen Gesichtspunkten gestellt werden, zu reagieren, wie sie vor 20 oder 30 Jahren reagierten. In einer vollständig andersartigen Lage, nach zwei Weltkriegen und dem Faschismus, scheinen sie zu oft die gleichen taktischen Ziele zu behalten, die gleichen Gewohnheiten, deren Sklaven sie geworden sind; sie sind verknöchert. Diese Erinnerungen, diese Denkgewohnheiten werden schließlich zum lähmenden Hemmschuh, besonders für Menschen, die eine neue Welt aufbauen wollen. Es besteht hier für Marxisten ein Mangel an dialektischem Empfinden, welches sie besonders schwächt gegenüber ähnlichen Bewegungen, die darum besorgt sind, mit der Zeit zu gehen und sich nach den geringsten Zuckungen des geschichtlichen Geschehens richten.

Der Marxismus als doktrinäre Grundlage scheint unter diesen Umständen nichts anderes mehr zu sein als ein Lippenbekenntnis, das jeder Wirklichkeit bar ist, und bald entdeckt man hinter den Worten nur noch das Fehlen einer Doktrin, das Fehlen eines revolutionären Willens und Glaubens. Mit einer unbestimmten Sentimentalität und einem Impuls, dessen Beweggrund sich im Laufe der Jahre schon verloren hat, kann man keine neue Welt aufbauen, keine so hinterlistige Macht wie den Kapitalismus stürzen.

Mit diesen allgemeinen Feststellungen muß man die sehr ungünstigen Bedingungen, mit denen sich die Sozialistische Partei seit der Befreiung hat auseinandersetzen müssen, in Verbindung bringen. Sie konnten wirklich eine doktrinäre Berichtigung der Parteilinie nicht begünstigen.

In einer ersten Etappe besaßen die Sozialistische und die Kommunistische Partei das absolute Mehr in der Konstituierenden Versammlung. Zusammen mit den Volksrepublikanern hatten sie damals die Regierung inne. Das war die fortschrittliche Periode mit einer ziemlich weitgehenden Verwirklichung der Nationalisierungen und mit der Errichtung von Betriebsräten. Es ist interessant, die ziemlich symptomatische doktrinäre Debatte in Erinnerung zu rufen, die im Komitee der damals bestehenden sozialistisch-kommunistischen Verständigung stattfand. Die Sozialisten behaupteten, die Nationalisierungen seien Sozialisierungen, während die Kommunisten behaupteten, es seien nur Verstaatlichungen. Die Sozialistische Partei zog nur den wirtschaftlichen Gehalt der ins Auge gefaßten Maßnahmen in Betracht und schien gegenüber dem politischen Klima und Rahmen, dem sie einverleibt waren, gleichgültig. Für sie war die Revolution im Gang. Die Folge der Ereignisse bestätigte jedoch, daß die Eroberung der politischen Macht und die organische Teilnahme der Volksmassen an der Verwaltung der Unternehmen das nötige Gegengewicht

zur Zunahme der Macht des Staates bildet. Im gleichen Augenblick schrieb Léon Blum in einem Leitartikel des «Populaire» (Tageszeitung der Partei), daß die Sozialistische Partei der loyale Verwalter des Kapitalismus sei. Diese überraschende Erklärung war nur der konkrete Ausdruck eines unheilvollen Reformismus, welcher nicht wenig dazu beitrug, ihr Handlungsvermögen zu lähmen und die Elemente der Arbeiterklasse und die bewußtesten und entschlossensten Revolutionäre von ihr zu entfernen.

Mit dem Rückzug der kommunistischen Minister aus der Regierung, durch die Bildung der Kominform und die taktischen Veränderungen, die sich daraus ergaben, drang ein Antikommunismus durch, der bei einer ganzen Anzahl militanter Sozialisten schon latent vorhanden war. Von da an legten die sozialistischen Minister den Hauptakzent auf die Freiheit, und, mehr als von irgend etwas anderem durch eine Reaktion gegen den Kommunismus getrieben, nahmen sie an allen Unternehmungen teil, welche dazu bestimmt waren, die Kommunistische Partei zu zerschlagen. Es war besonders Jules Moch, der sozialistische Minister des Innern, der an dem Mißerfolg der Streiks vom November 1947 und derjenigen der Bergwerksarbeiter vom letzten Herbst schuld war. Es handelt sich durchaus nicht darum, die Irrtümer, welche die Kommunistische Partei begangen hat, zu bagatellisieren, aber wir müssen feststellen, daß die sozialistischen Führer durch ihren systematischen Antikommunismus sich an allen Aktionen einer bürgerlichen Regierung beteiligt haben, sei es gegenüber der Arbeiterschaft, sei es in bezug auf die Kolonien, obwohl in dieser letzteren Angelegenheit erst nach vielen Ausflüchten.

Man muß übrigens feststellen, daß der Verzicht der Sozialisten auf die Teilnahme an der Regierung möglicherweise schwere Konsequenzen mit sich gebracht hätte. Angesichts der gaullistischen Gefahr, deren Erfolg ein Erfolg des Faschismus gewesen wäre, gab es zahlreiche Parteimitglieder, die mit schwerem Herzen in eine weitere Zusammenarbeit einwilligten, die sie als einzige Möglichkeit sahen, um de Gaulle von der Regierung fernzuhalten. Und dieses Argument war berechtigt.

Wie dem auch sei, auf jeden Fall ist die Sozialistische Partei heute bei einem großen Teil der Arbeiterschaft in Verruf geraten und, was vielleicht schlimmer ist, sie zeigt weder für die nähere noch die fernere Zukunft irgendwelche revolutionäre Absichten.

Nun ist es aber beinahe gewiß, daß die Kommunistische Partei noch für lange nicht in der Lage ist, in Frankreich aus eigenen Kräften die Macht zu ergreifen, und vielleicht wird sie es nie sein. Zahlreich sind die organisierten Arbeiter, die abgestoßen werden durch ihre Methoden, ihre Auffassung von der Freiheit, ihre scheinbare Mißachtung des Menschen in bezug auf die sowjetische Diplomatie. Und so gibt es für sie nur zwei Möglichkeiten: zur Kommunistischen Partei halten oder zu nichts halten.

Es macht sich das Bedürfnis geltend nach einer Bewegung mit einem festen revolutionären Willen, die imstande wäre, mit den veralteten Methoden der Sozialdemokratie zu brechen und doch selbst ihre Taktik zu bestimmen, ohne dadurch in einen Antikommunismus zu verfallen, dessen Konsequenzen sich immer als unheilvoll erweisen.

Die Versuche, die bis heute gemacht wurden, haben erbärmlich versagt. Ist es das Resultat der Gegenüberstellung der beiden Weltblöcke und die gezwungenermaßen unbehagliche Lage einer dritten Kraft? Das ist wohl möglich, und vielleicht muß man die Verwirklichung einer europäischen Föderation abwarten, die wirklich unabhängig ist, damit sie möglich wird. Oder dann kommt die Gelegenheit einmal aus der Kommunistischen Partei selbst, durch die Entwicklung starker «titoistischer» Strömungen. Vielleicht könnten die vereinigten revolutionären Christen Frankreichs dieser Entwicklung eine Möglichkeit bieten. Es ist noch zu früh, um es sagen zu können, aber es ist nicht verboten, daran zu arbeiten.

Camille Val.

Zweiter Kongreß der Internationale der religiösen Sozialisten

vom 5. bis 8. August in Bentveld

Etwa sechzig Delegierte fanden sich in dem bequemen Heim unserer religiössozialen holländischen Freunde zusammen. Acht Länder waren vertreten: Deutschland (ohne russische Zone), Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Seitens der amerikanischen Behörden waren einigen Deutschen aus der russischen Zone die Visa verweigert worden, während die holländischen Behörden der Einreise zweier tschechischen Delegierten Schwierigkeiten bereiteten. Die Abwesenheit dieser Genossen, die uns viel zu sagen und wahrscheinlich auch viel zu fragen gehabt hätten, war ein großer Nachteil für das Treffen.

Pfarrer Bachmann eröffnete den Kongreß, indem er an das Wort Christi erinnerte: «Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden», und erwähnte die Schwierigkeiten unserer internationalen Vereinigung: das Fehlen der Jungen und der führenden Geister, die Entwicklung der Kirchen zum Klerikalismus und die Verbürgerlichung der religiösen Sozialisten, deren linker Flügel mit dem Kommunismus sympathisiere. Wird wohl der große Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch den andern zwischen Demokratie und Totalitarismus ersetzt werden?

M. Laudrain skizzierte die Lage der Vereinigung: Die nordische Gruppe ist sowohl durch ihre Zahl als auch ihre Beziehungen und den von ihr ausgeübten Einfluß bedeutend geblieben. Die holländische Vereinigung mit ihren zwei Bildungszentren, ihrer Zeitschrift mit 4000 Abonnenten ist sehr rege. Sie bildet eine christlichsoziale Elite, welche sich überall betätigt. In Deutschland hat sich die Bewegung noch nicht reorganisiert, aber sie bildet sich da und dort wieder. Bürgermeister Metzger von Darmstadt erzählte, daß vor kurzem eine zweitägige Zusammenkunft zwischen Anhängern der Sozialdemokratischen Partei und solchen der Bekenntniskirche in Frankfurt stattgefunden habe. Im übrigen findet begreiflicherweise das Friedensproblem dort gerade in Arbeiterkreisen eine beachtenswerte Anteilnahme. Eine tschechoslowakische Vereinigung ist entstanden und von den Behörden offiziell anerkannt worden. In England besteht eine kleine, aber einflußreiche Gruppe mit nahezu 80 Parla-